

Die Wahlen im Jahre 2004

Trends und Perspektiven

Eckhard Jesse

1. Einleitende Bemerkungen

Im Jahre 1998 kam es zum ersten ungefilterten Regierungswechsel auf der Bundesebene. Die bisherige Regierungsparteien CDU/CSU und FDP gerieten in die Opposition, die Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen gelangten an die Regierung. Zuvor war bei einer Koalitionsveränderung immer ein bisheriger Partner in der Regierung verblieben: 1966 die Union, 1969 die SPD, 1982 die FDP (Jesse 1998). Hingegen sind solche Regierungswechsel als Folge von Landtagswahlen schon öfter vorgekommen – angesichts der gestiegenen Volatilität vor allem im letzten Jahrzehnt. Die Kernfrage lautet: Sind Landtagswahlen Testwahlen für den Bund oder von regionalspezifischen Gegebenheiten geprägt? Wie sah dies zwischen 1999 und 2003 aus? Im Vordergrund steht das letzte Wahljahr: Welche Ergebnisse brachten die Wahlen im Jahre 2004? Durch welche Spezifika sind sie geprägt? Wie läßt sich die Frage nach der Bedeutung bundespolitischer Rahmenbedingungen beantworten? Schließlich interessiert, welche Perspektiven sich in der Mitte der Legislaturperiode für die Bundestagswahl 2006 anbieten.

2. Landtagswahlen: Testwahlen für den Bund oder Regionalwahlen?

Wie die Forschung gezeigt hat, besitzen Landtagswahlen (und erst recht Europa- wie Kommunalwahlen) für die Bürger eine geringere Bedeutung als Bundestagswahlen. Vielfach wird daher von „Nebenwahlen“ gesprochen. Häufig heißt es, Landtagswahlen seien einerseits Testwahlen für den Bund, und andererseits wohne ihnen eine Protestfunktion inne. Landespolitische Themen besäßen keine vorrangige Bedeutung. Reiner Dinkel hat den empirischen Nachweis geführt, dass zwischen 1949 und 1976 in 65 von 67 Fällen das Resultat der jeweiligen Regierungskoalition im Land unter ihrem zuvor erreichten Ergebnis im Bund lag (Dinkel 1977). Auch Frank Decker und Julia von Blumenthal sprechen von einer bundespolitischen Durchdringung der Landtagswahlen. Diese „gewinnen danach – ohne ihren landespolitischen Charakter vollständig einzubüßen – die Funktion einer bundespolitischen ‚Wetterfahne‘“ (Decker/von Blumenthal 2002: 165). Hingegen stellen die britischen Autoren Daniel Hough und Charlie Jeffrey diese These in Frage. Für sie herrscht seit dem Vereinigungsjahr 1990 stärker „eine ei-

genständige territoriale Dynamik im Wahlverhalten“ (Hough/Jeffrey 2003: 81) vor. Welche Position ist überzeugender?

Die Landtagswahlen, die exakt am Tag der Bundestagswahl stattfanden (Rheinland-Pfalz am 6. März 1983, Berlin am 2. Dezember 1990, Thüringen am 16. Oktober 1994, Mecklenburg-Vorpommern am 16. Oktober 1994, am 27. September 1998 und am 22. September 2002) brachten im Kern nur unwesentliche Abweichungen, wengleich die Interpretation durch das zum Teil in den Ländern bestehende Einstimmensystem erschwert wird. Außerdem muss die „Bundesstimme“ nicht notwendigerweise die „Landesstimme“ präformieren, wie das 1983 in Rheinland-Pfalz, nicht aber 1990 in Berlin der Fall gewesen war.

3. Landtagswahlen: 1998-2003

Die Landtagswahlen seit dem Erfolg der rot-grünen Regierung im Bund 1998 waren durch bestimmte Spezifika geprägt. Bei den Landtagswahlen 1999 kam es zu einem Siegeszug für die CDU, die Opposition im Bund. Sie verlor nur 1,2 Punkte in Sachsen, wobei sie dort gleichwohl ein Traumergebnis von 56,9 Prozent „einfahren“ konnte. Durch die bekanntgewordene Parteispendenaffäre um Ex-Bundeskanzler Kohl Ende 1999 verlor die CDU bei den beiden Wahlen im Jahre 2000 Stimmen. Ein Jahr später fielen die Ergebnisse durchwachsen aus. Dem Minus von 17,1 Prozentpunkten in Berlin (Oktober 2001) stand bei der nächsten Wahl in Sachsen-Anhalt (April 2002) ein Plus von 15,3 Punkten gegenüber. Offenkundig waren die Verluste wie die Gewinne durch regionale Faktoren bestimmt, die Finanzaffäre in Berlin und die abgewirtschaftete sozialdemokratische Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt (Niedermayer/Stöss 2002; Holtmann 2003).

Die im Bund regierende SPD musste zunächst herbe Verluste hinnehmen. In Hessen verlor Ministerpräsident Hans Eichel trotz geringfügiger Stimmengewinne sein Amt an Roland Koch, im Saarland Reinhard Klimmt das seinige an Peter Müller. Nur in Bremen konnte sich die SPD dank Henning Scherf dem bundespolitischen Abwärtstrend entziehen. Später fing sich die SPD, gewann in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2000 3,3 Punkte hinzu, in Baden-Württemberg 2001 8,2 Punkte. Das positive Urteil galt nicht für die Grünen, die bei jeder Landtagswahl bis zur Bundestagswahl 2002 verloren, zum Teil massiv. Manch kundiger Analytiker sah angesichts der Erfahrungen mit den Liberalen das Ende der Grünen gleichwohl nicht nahen (Horst 2001). Während die FDP unterschiedliche Ergebnisse erzielte, erreichte die PDS dort, wo sie antrat, kontinuierlich Zuwächse.¹

Die rot-grüne Koalition konnte die Bundestagswahl 2002 mit hauchdünner Mehrheit gewinnen – dank der Flutkatastrophe und dank der strikten Haltung Schröders, die sich massiv gegen eine amerikanische Intervention im Irak aussprach und dafür jede Unterstützung verweigerte (Hilmer 2003). Die SPD musste zwar beachtliche Verluste verzeichnen, doch vermochten die Grünen bei der Bundestagswahl zum ersten Mal wieder einen prozentualen Stimmengewinn zu verbuchen. Dieser fiel mit 1,9 Punkten beachtlich aus. Die Gewinne von Union und FDP blieben unter ihren Erwartungen, so dass sie erneut mit der Rolle der (freilich gestärkten) Opposition vorlieb zu nehmen hatte.

Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) scheiterte mit 4,0 Prozent der Stimmen überraschend an der Fünfprozenthürde. Nicht zuletzt die Strategie der SPD, die Friedenthematik in den Vordergrund zu rücken, nahm ihr viele Stimmen weg. Hin-

zu kamen schwere taktische Versäumnisse im Wahlkampf. Sie attackierte in erster Linie die Union mit Edmund Stoiber an der Spitze, nicht jedoch die Regierungspartei SPD. Nach dem Desaster bei der Bundestagswahl kam es zu einem Wechsel an der Spitze. Lothar Bisky, der Vorgänger, löste im Juni 2003 die farblose Gabriele Zimmer ab. Die Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienlagers (Deutsche Volksunion [DVU], Nationaldemokratische Partei [NPD], Republikaner [REP]) blieb bei der Bundestagswahl 2002 erhalten: Es vermochte nur einen Stimmenanteil von 1,0 Prozent zu gewinnen (REP: 0,6 Prozent; NPD: 0,4 Prozent). Die DVU trat nicht einmal an. Die Zuwanderungsthematik, auf die solche Parteien stark gebaut hatten, kam nicht auf die politische Agenda. Die rechte, aber nicht rechtsextremistische Schill-Partei konnte bei der Bundestagswahl nicht annähernd an ihren sensationellen Erfolg bei der Hamburger Bürgerschaftswahl (19,4 Prozent) anknüpfen und blieb mit 0,8 Prozent der Stimmen weit von der Fünfprozenthürde entfernt. Damit büßte sie ihr Sieger-Image ein.²

Die vier Landtagswahlen des Jahres 2003 brachten in Niedersachsen eine völlige Kurskorrektur (eine schwarz-gelbe Koalition löste eine Alleinregierung der SPD ab) und in Hessen eine minimale Kursrevision (eine schwarze Alleinregierung übernahm von einer schwarz-gelben Koalition das Amt). In Bremen blieb mit der großen Koalition unter Führung der SPD und in Bayern mit der CSU-Dominanz³ alles gleich, was die Regierungsbildung betraf. Die Wahlen standen unter dem (erneut) als missglückt empfundenen Start der rot-grünen Bundesregierung. Die Verluste der SPD kamen der „Opposition im System“ zugute⁴, nicht der „Opposition zum System“. Die Grünen und die Liberalen gewannen bei allen vier Wahlen jeweils an Stimmen dazu. Auf dem rechten Spektrum konnte im Jahre 2003 weder die REP noch die DVU (trotz des Mandatsgewinns in Bremen aufgrund der dortigen wahlrechtlichen Eigentümlichkeit) reüssieren, auf dem linken weder die PDS noch die DKP. Lediglich in Bremen, dem kleinsten Bundesland, kamen Ergebnisse mit einer 1 vor dem Komma für beide Gruppierungen vom rechten und vom linken Rand zustande (DVU: 2,3 Prozent; PDS: 1,7 Prozent). Allerdings fanden die Wahlen eher in reichen, wirtschaftlich gefestigten Bundesländern statt. Kaum ein Wahljahr verlief für die Flügelparteien so krass negativ 2003. Die NPD, die nirgendwo antrat, verfasste im August 2003 einen „Leipziger Appell“, in dem sie für die Gründung einer „Deutschen Liste für Europa“ warb. Durch die paritätische Besetzung mit Kandidaten aus den Reihen der DP, der DVU, der NPD und der REP sollte ein Wahlerfolg ermöglicht werden. Doch gingen die anderen Parteien auf dieses Angebot nicht ein.

Was die Wahlergebnisse von der Bundestagswahl 1998 bis zum letzten Jahr betrifft, so gibt es einerseits bundeseinheitliche Trends (z.B. die Gewinne der Union im Jahre 1999 und im Jahre 2003 aufgrund eines Fehlstarts der von der SPD geführten Bundesregierung, die Einbußen der SPD in jenen Jahren, die Verluste der Grünen bis zur Bundestagswahl und deren Gewinne danach). Spiegeln diese Ergebnisse bundeseinheitliche Trends wider, fügten sich andere nicht in solche Entwicklungen ein: etwa die in Bremen 1999 und 2003 oder die in Berlin. Hier bestimmten regionale Gegebenheiten weitgehend das Resultat.

4. Wahlen 2004: Einzelne Länder

Das Jahre 2004 zählte wie etwa das Jahr 1999 zu den „Superwahljahren“. Neben der Wahl zum Europäischen Parlament, an der alle Bundesbürger teilnehmen konnten, und zahlreichen Kommunalwahlen (allein am 13. Juni, dem Tag der Europawahl, gab es de-

ren sechs) fanden zwei Landtagswahlen in den alten und drei in den neuen Bundesländern statt. In Hamburg handelte es sich dabei wegen des Streits um die Schill-Partei und speziell um ihren Gründer um eine Neuwahl.

Der Wahl zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 29. Februar ging eine schwere Regierungskrise voraus. Es war weniger die Schill-Partei, sondern mehr die Person von Ronald Barnabas Schill, die den Bürgermeister Ole von Beust dazu veranlasste, die Koalition mit der FDP und der Schill-Partei aufzukündigen und Neuwahlen anzustreben, nachdem Schill schon Monate zuvor „geschasst“ worden war. Das Wahlergebnis bescherte dem CDU-Politiker und seiner Partei einen Sensationssieg. Mit 47,2 Prozent der Stimmen steigerte die CDU ihren Anteil um sage und schreibe 21,0 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 1). Mit Beusts Entschlossenheit und seiner klaren Linie erreichte sie die alleinige Parlamentsmehrheit. „Auf diesem spezifischen Hamburger Humus, der von der in Berlin regierenden SPD kräftig angereichert wurde, konnte der ‚historische‘ Wahlsieg der Hamburger CDU wachsen“ (Horst 2004: 266).

Die Europawahl vom 13. Juni 2004 brachte den beiden Volksparteien Verluste, wenngleich unterschiedlich große. Die Union kam auf 44,5 Prozent, die SPD erhielt nicht einmal halb so viel (21,5 Prozent). Der Rücktritt Schröders vom Amt des Parteivorsitzenden zugunsten von Franz Müntefering hatte seine positive Wirkung verfehlt. Die SPD, deren Stammwähler vielfach zu Hause geblieben waren, wurde wegen ihrer weithin als unsozial empfundenen Politik abgestraft. Die Grünen und Liberalen steigerten ihren Anteil deutlich. Die PDS, die schon 1999 die Fünfprozenthürde überwunden hatte, kam mit 6,1 Prozent der Stimmen aus ihrem Tief heraus. Europapolitische Themen spielten keine Rolle. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 43,0 entfielen auf die „sonstigen Parteien“ immerhin 9,9 Prozent.

Am Tag der Europawahl wählten die Thüringer auch ihren Landtag.⁵ Die CDU wurde erneut klar stärkste Partei, freilich mit einem Minus von 8,0 Punkten gegenüber der letzten Wahl, die PDS mit noch deutlicherem Vorsprung zweitstärkste Partei und mit einem Rekordergebnis von 26,1 Prozent, während die SPD ein Minusergebnis von 14,5 Prozent erzielte. Grüne, die in der Frage einer Unterstützung der CDU im Fall einer fehlenden absoluten Mehrheit laviert hatten, wie Liberale scheiterten erneut an der Fünfprozenthürde. 43,0 Prozent der Stimmen reichten der CDU, die das erste Mal mit Dieter Althaus antrat, für eine knappe absolute Mandatsmehrheit.

Die Wahl am 5. September in Saarland brachte der CDU einen kleinen Stimmengewinn und der SPD einen großen Stimmenverlust in Höhe von 13,6 Punkten: zum einen wegen der bundespolitisch brisanten Situation aufgrund des Kurses von Bundeskanzler Gerhard Schröder, der unbeirrbar an seinem Reformkonzept festhielt und dadurch Demonstrationen der Gewerkschaften gegen Hartz IV auslöste; zum anderen wegen der landespolitisch brisanten Situation aufgrund des Kurses von Oskar Lafontaine, der unbeirrbar an seinem Anti-Reformkonzept festhielt. Im Gegensatz zum letzten Mal schafften Bündnis 90/Die Grünen und die FDP den Einzug ins Parlament, wenn auch nur knapp.⁶ Dies gelang der NPD nicht, wiewohl ihr Ergebnis von 4,0 Prozent aufhorchen und Böses ahnen ließ.

Die öffentlichen Aufrufe zur Wahlteilnahme am 19. September in Sachsen und die Warnung vor dem Rechtsextremismus hatten nichts genützt: Die rechtsextremistische NPD zog mit einem Stimmenanteil von 9,2 Prozent in das Landesparlament ein. Sie suchte im Wahlkampf ihr „Schmuddel“-Image abzulegen und setzte, wie die PDS, auf den Protest gegen Hartz IV, trat mit ihrem Kampf für die „sozial Entrechtete“ antikapitalistisch auf („Schnauze voll?“). Dies verfiel angesichts einer geringen Parteidentifikation. Auch wenn es sich bei den führenden Köpfen der sächsischen NPD wie Holger

Apfel, einem West-Import, nicht um tumbe Toren handelt, bilden die Antidemokraten keine Gefahr für die Demokratie im sächsischen Freistaat, wiewohl sie etwa in der Sächsischen Schweiz gesellschaftlich zum Teil verankert sind. Unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt hat sich die NPD massiv radikalisiert. Das gescheiterte Verbotverfahren trug nicht zu ihrer Schwächung bei. Entgegen den Wahltagsbefragungen schnitt die NPD bei den Erstwählern keineswegs so gut ab, wie die repräsentative Wahlstatistik belegt. 16,0 Prozent der 18- bis 24-jährigen votierten für sie, 13,9 Prozent der 25- bis 34-jährigen 11,7 Prozent der 35- bis 44-jährigen, 9,8 Prozent der 45-bis 60-jährigen und 4,3 Prozent der über 60-jährigen. Bei den Männern kam sie auf 12,6 Prozent, bei den Frauen auf 5,9 Prozent.⁷

Der klare Einzug der NPD in das Landesparlament ist nur *eine* Sensation der sächsischen Landtagswahl. Die CDU, die 1990 unter Kurt Biedenkopf 53,8 Prozent, 1994 58,1 Prozent und 1999 56,9 Prozent der Stimmen erzielt hatte, verlor 15,8 Prozentpunkte. Die Gründe sind doppelter Natur: zum einen bundespolitisch bedingt (die CDU wurde ebenso für die unpopuläre Arbeitsmarktreformgesetzgebung Hartz IV haftbar gemacht), zum einen landespolitisch verursacht (Ministerpräsident Georg Milbradt reichte nicht an die Popularitätswerte seines Vorgängers Kurt Biedenkopf heran, zumal ein lavierender Kurs bei der Frage der Arbeitsmarktreform nicht ankam). Die SPD unterschritt mit 9,8 Prozent der Stimmen das erste Mal in einem Bundesland die 10-Prozent-Marke. Die Liberalen zogen dank eines populistischen Wahlkampfes („Diäten runter“) in den sächsischen Landtag. Die Grünen schafften es, weil ihre Spitzenkandidatin Antje Hermenau, im Gegensatz zu Gunda Röstel 1994, einer Koalition mit der CDU eine klare Absage erteilt hatte. Wegen des Einzugs der Liberalen und der Grünen gab es keine politisch und arithmetisch angemessenere Alternative zu dieser „Koalition der Verlierer“, die einen labilen Eindruck macht. So blieb Milbradt bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten – fast acht Wochen nach der Landtagswahl – im ersten Wahlgang die absolute Stimmenmehrheit versagt. Im zweiten genügte die relative Mehrheit.

Die Brandenburger wählten am gleichen Tag wie die Sachsen. Auch hier gelangte mit der DVU eine rechtsextremistische Partei ins Parlament (wie bereits 1999). Beide Volksparteien verloren über sieben Prozentpunkte, bildeten aber wieder eine Koalition: unter Matthias Platzeck, der Manfred Stolpe 2002 als Ministerpräsident abgelöst und im Wahlkampf entschieden die Reformpolitik Gerhard Schröders verteidigt hatte. Die PDS erreichte mit 28,0 Prozent ein Rekordergebnis. Die Grünen und die Liberalen scheiterten wie 1994 und 1999 an der Fünfprozenthürde.

Unter dem Strich änderte sich im Jahre 2004 in zwei Ländern die Zahl der Parlamentsparteien nicht (Thüringen und Brandenburg), in Hamburg schieden zwei Parteien aus dem Parlament aus (FDP und Schill-Partei), im Saarland kamen zwei dazu (Bündnis 90/Die Grünen und die FDP), in Sachsen gar drei (zusätzlich noch die NPD). Nur in den Anfangsjahren der Bundesrepublik gab es gelegentlich Sechs-Parteien-Parlamente. Zwar blieb in jedem Bundesland die bisherige politische Färbung des Regierungschefs bestehen, doch zweimal kam es zu einer anderen Regierungskonstellation. In Hamburg kann die CDU nun allein regieren, in Sachsen nicht mehr (vgl. Tabelle 2). Wer dies im Jahre 2003 prophezeit hätte, wäre für ahnungslos erklärt worden. So überraschend schnell können sich angesichts der Volatilität der Wählerschaft die Verhältnisse verschieben.

5. Wahlen 2004: Einheitliche Tendenzen?

Die Ergebnisse der (Landtags-)Wahlen im Jahr 2004 gehen überwiegend in eine einheitliche Richtung. Ungefilterte Regierungswechsel blieben überall aus. In Brandenburg und Sachsen haben die beiden Volksparteien lediglich knapp über 50 Prozent der Stimmen, in Thüringen ein wenig mehr. Diese Entwicklung könnte ein Menetekel werden: Beide großen Parteien verlieren Stimmen. In den Ländern gibt es jedoch nach wie vor unterschiedliche Präferenzen. Brandenburg ist „rot“, Sachsen „schwarz“.

Kam noch 2003 die Unzufriedenheit mit der führenden Regierungspartei den demokratischen Oppositionsparteien zugute (und auch dem kleineren Koalitionspartner), profitierte diesmal nicht mehr die große demokratische Oppositionspartei. Das ist ein neuer Trend. Die „sonstigen Parteien“ haben – vom Sonderfall in Hamburg wegen der Schill-Partei abgesehen – überall zugelegt. Das Parteiensystem zumal in den neuen Bundesländern ist nicht sonderlich gefestigt. Die Grünen und die Liberalen sprechen eher eine gut situierte Klientel an und tun sich daher im Osten schwer. Gleichwohl konnten sie ihren Anteil steigern – selbst in Thüringen und Brandenburg, wo sie an der Fünfprozenthürde scheiterten.

Was die Kernfrage nach den bundes- oder landespolitischen Ursachen für den Wahlausgang betrifft, so spielen beide Faktoren in die Wahlentscheidung hinein, mit unterschiedlicher Gewichtung. Die Wahl in Hamburg war ganz massiv durch regionale Faktoren geprägt, die anderen vier Landtagswahlen dürften weitaus stärker durch bundespolitische Faktoren beeinflusst gewesen sein. Dies zeigt schon der einheitliche Trend: Verluste für die SPD und für die CDU (mit der Ausnahme des Saarlandes), Gewinne für die Grünen und für die Liberalen, ebenso Stimmenzunahmen für die PDS, die in allen drei „Ostländern“ an zweiter Stelle rangiert⁵ und von ihrem Oppositionsstatus profitiert, und die rechtsextremistischen Parteien, die sich gegenseitig keine Konkurrenz gemacht haben. Da die Erosion der herkömmlichen Parteibindungen weiter fortschreitet, könnten landespezifische Faktoren als wahlbestimmende Größen zunehmen.

6. Perspektiven

Das Koalitionsszenario für die Bundestagswahl 2006 dürfte übersichtlicher sein als bei der letzten. Seinerzeit gab es mehrere Varianten nicht zuletzt deshalb, weil die FDP nicht bereit war, eine klare Koalitionsaussage abzugeben und weil die PDS besser dazustehen schien als heute (Jesse 2002). So boten sich seinerzeit sechs Koalitionsoptionen an: (1) rot-grüne Koalition; (2) rot-dunkelrot-grüne Koalition; (3) rot-gelbe Koalition; (4) Ampelkoalition; (5) große Koalition; (6) schwarz-gelbe Koalition.

Angesichts der heftigen Attacken der PDS gegen die Arbeitsmarktreform Hartz IV scheidet bei realistischer Betrachtung für SPD und Grüne eine Einbeziehung der PDS in eine Koalition auf Bundesebene aus. Diese dürfte ebenso kein Interesse an einer Koalition haben, weiß sie doch, dass ihr der Oppositionsstatus nützt. In Frage kommen damit nur drei Szenarios, zumal die Liberalen im Gegensatz zu 2002 einen klaren Kurs in Richtung Union fahren: (1) eine schwarz-gelbe Koalition; (2) eine rot-grüne Koalition; (3) eine große Koalition. Die letzte Variante wäre dann realistisch, würde weder das eine (rot-grün) noch das andere Lager (schwarz-gelb) eine Mehrheit auf sich vereinigen können. Erstens müsste die PDS in den Bundestag einziehen und zweitens so viele Mandate gewinnen, dass sie eine Koalition verhindert.

Die SPD muss Gerhard Schröder bei seinem Reformkurs unterstützen, unabhängig vom Ausgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2005. Auch die Union kommt nicht umhin, solchen Reformen zuzustimmen. Denn eine derart große Oppositionspartei ist eine Regierung im Wartestand. Glaubwürdigkeit ist daher gefragt. Die Gründe, die zum Scheitern der PDS bei der Bundestagswahl 2002 geführt hatten, waren mehr situativer als struktureller Natur (z.B. Flutkatastrophe; Rücktritt Gregor Gysi vom Amt des Wirtschaftssenators; Kandidatur eines betont konservativen Politikers der Union). Die Grünen wie die Liberalen müssen im Gegensatz zur PDS keine Angst vor der Fünfprozenthürde haben. Das sah noch vor wenigen Jahren anders aus, als etwa die junge Regierungspartei der Grünen eine Wahl nach der anderen verloren hatte (von 1998 bis zur Bundestagswahl 2002) und die Liberalen nach der Affäre um Möllemann in die Bredouille zu geraten schienen (vor allem durch die öffentliche Meinung). Hingegen dürften sich die Rechtsaußenparteien keine realistische Hoffnung auf einen Einzug in das Bundesparlament machen, auch wenn die NPD vollmundig von einer „Volksfront von rechts“ faselt. Das Wahlbündnis mit der DVU ist auf Sand gebaut.

Anmerkungen

- 1 Das Beispiel Hamburg im Jahr 2001 (die PDS sank von 0,7 auf 0,4 Prozent) steht nur auf den ersten Blick im Widerspruch dazu. Denn die Bundes-PDS unterstützte nicht die Hamburger PDS, sondern die Linksabspaltung der Grünen, den „REGENBOGEN“ (1,7 Prozent).
- 2 Allerdings hatte die Schill-Partei bereits unter dem Misserfolg (4,5 Prozent) bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April 2002 gelitten.
- 3 Dabei erreichte die CSU mit einem Stimmenanteil von 60,7 Prozent, der allerdings noch unter dem des Jahres 1974 (62,1 Prozent) lag, erstmals eine Zweidrittel-Mehrheit der Mandate.
- 4 Bremen bildete wieder eine Ausnahme: Die CDU verlor 7,2 Prozentpunkte, die SPD vornehmlich dank Scherf nur 0,2.
- 5 Die Kommunalwahl fand erst 14 Tage später statt. Die CDU hatte Angst davor, dass Proteste gegen zu hohe Kommunalabgaben einen Erfolg ihrer Partei bei einer Zusammenlegung der drei Wahlen gefährden könnten.
- 6 Damit sind die Grünen in allen Landesparlamenten der alten Bundesländer vertreten.
- 7 Diese Angaben sind der repräsentativen Wahlstatistik entnommen. Vgl. http://www.statistik.sachsen.de/wahlen-LT/lw04/rws_lw04_3.htm (Zugriff: 9. November 2004).
- 8 Nur in Mecklenburg-Vorpommern liegt die PDS hinter der SPD und der CDU; dafür ist sie aber dort seit 1998 Juniorpartner der SPD.

Literatur

- Decker, Frank/Blumenthal, Julia von (2002): Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2001. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33 (2002), S. 144-165.
- Dinkel, Rainer (1977): Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: Politische Vierteljahresschrift 18 (1977), S. 348-360.
- Hilmer, Richard (2003): Bundestagswahl 2002: eine zweite Chance für Rot-Grün. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34 (2003), S. 187-219.
- Holtmann, Everhard (2003): Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34 (2003), S. 41-60.

- Horst, Patrick (2001): Totgesagte leben länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 32 (2001), S. 841-860.
- Horst, Patrick (2004): Die Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 29. Februar 2004: Die Hanseaten und Angela Merkel finden einen politischen Hoffnungsträger. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 35 (2004), S. 252-270.
- Hough, Daniel/Jeffrey, Charlie (2003): Bundestagswahlen: Landtagswahlen oder Regionalwahlen? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34 (2003), S. 79-94.
- Jesse, Eckhard (1998): Koalitionsveränderungen 1949 bis 1994: Lehrstücke für 1998? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29 (1998), S. 460-477.
- Jesse, Eckhard (2002): Die wahrscheinlichen und die sinnvollen Koalitionen (vor) der Bundestagswahl 2002, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33 (2002), S. 421-435.
- Jesse, Eckhard (2004): Das deutsche Parteiensystem nach der Europawahl 2004. In: Zehetmaier, Hans (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem. Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2004, S. 14-27.
- Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard: Die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 21. Oktober 2001: Regierungswechsel nach vorgezogenen Neuwahlen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 33 (2002), S. 244-261.

Tabelle 1: Wahlergebnisse 2004 im Vergleich zum vorherigen Wahlausgang (in Klammern)

| | CDU/CSU | SPD | B 90/Grüne | FDP | PDS |
|------------------------|--------------|--------------|-------------|-------------|-------------|
| Hamburg (29.02.04) | 47,2 (+21,0) | 30,5 (-6,0) | 12,3 (+3,7) | 2,8 (- 2,3) | • (-0,4) |
| Europa (13.06.04) | 44,5 (-4,2) | 21,5 (-9,2) | 11,9 (+5,5) | 6,1 (+3,1) | 6,1 (+0,3) |
| Thüringen (13.06.04) | 43,0 (-8,0) | 14,5 (-4,0) | 4,5 (+2,6) | 3,6 (+2,5) | 26,1 (+4,8) |
| Saarland (05.09.04) | 47,5 (+2,0) | 30,8 (-13,6) | 5,6 (+2,4) | 5,2 (+2,6) | 2,3 (+1,5) |
| Brandenburg (19.09.04) | 19,4 (-7,2) | 31,9 (-7,4) | 3,3 (+1,4) | 3,6 (+1,7) | 28,0 (+4,7) |
| Sachsen (19.09.04) | 41,1 (-15,8) | 9,8 (-0,9) | 5,1 (+2,5) | 5,9 (+4,8) | 23,6 (+1,4) |

Quelle: Errechnung nach den amtlichen Wahlstatistiken.

Tabelle 2: Parlamentsparteien und Regierungsparteien 2004 im Vergleich zum vorherigen Wahlausgang (in Klammern)

| | Parlamentsparteien (geordnet nach der Stärke) | Regierungsparteien |
|--------------------|---|--------------------------|
| Hamburg | CDU – SPD – B 90/Gr (SPD – CDU – Schill – B 90/Gr – FDP) | CDU (CDU – Schill – FDP) |
| Europa | CDU – SPD – B 90/Gr – FDP – PDS (CDU – SPD – B 90/Gr – PDS) | keine Regierungsbildung |
| Thüringen | CDU – PDS – SPD (CDU – PDS – SPD) | CDU (CDU) |
| Saarland | CDU – SPD – B 90/Gr – FDP (CDU – SPD) | CDU (CDU) |
| Brandenburg | SPD – PDS – CDU – DVU (SPD – CDU – PDS – DVU) | SPD – CDU (SPD – CDU) |
| Sachsen | CDU – PDS – SPD – NPd – FDP – B 90/Gr (CDU – PDS – SPD) | CDU – SPD (CDU) |

Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Statistiken.